

Liebe Frauen, nun ist es schon fast Tradition geworden, dass ich einen Bericht aus der Arbeit im Landtag und die Landespolitischen Entscheidung im Hinblick auf Frauenrelevante Themen anlässlich des Neujahrsempfanges geben kann.

Leider ist es mir nicht möglich, heute über Erfolgsmeldungen zu berichten. Leider muss ich von vielen für Frauen negativen Dingen berichten und darum bitte ich um Verständnis, wenn ich etwas mehr ausschweife, als ich das normalerweise tue, aber die Situation der Frauenpolitik im Landes Niedersachsen erfordert dies meiner Meinung nach. Ich hatte im letzten Jahr mit einem Zitat des Ministerpräsidenten Wulff aus seiner Regierungserklärung im März 2003 begonnen. Dieses Zitat will ich uns nochmals kurz in Gedächtnis rufen:

„Wir haben Rollenklischees, Doppelbelastungen, Vorurteile und Diskriminierungen. Aufgabe des Staates wäre es, dabei zu helfen, Wahlfreiheit zu organisieren. Und Arbeit ist nicht nur Berufsarbeit, und Leistung ist eben nicht nur berufliche Leistung, sondern das, was in der Familie, in der Erziehung der Kinder, in der Organisation des Haushalts oder in der Pflege von Angehörigen gemacht wird, ist eben auch Arbeit und Leistung. Aber es wäre ein dringlicherer Appell an die Männer zu richten, sich in diesem Falle ein bisschen stärker zu engagieren und den Frauen ein bisschen mehr

Unterstützung zuteil werden lassen. Das ist die Sichtweise von Frauenpolitik des 21. Jahrhunderts.“

Was haben wir – basierend auf diesem Verständnis von Frauenpolitik – nun im letzten Jahr erleben müssen?

Wir haben gerade die Haushaltsdebatten im Landtag hinter uns. Nur zu sehr liegt uns allen noch im Ohr, dass es dem Land schlecht gehe und daher jeder Bereich von Kürzungen betroffen sein müsse, da könne man auch die Frauenpolitik nicht ausnehmen. Doch welche Bereiche sind betroffen worden? Wo hat diese Landesregierung denn tatsächlich gespart?

CDU/FDP haben gekürzt bei den Behinderten, bei der Städtebauförderung, bei den Kommunen, bei der Aidsbekämpfung, bei Mädchenprojekten, bei Frauenberatungseinrichtungen, bei Selbsthilfegruppen, bei der Hausaufgabenhilfe, bei den Pflegebedürftigen und bei den Blinden soziale Kälte an den Tag gelegt. Alle diese Bereiche sind Bereiche, bei denen überwiegend Frauen betroffen sind, sei es als direkt Betroffene oder als Dienstleisterinnen in diesen Bereichen. die insbesondere von Frauen dominiert sind. Hinzu kommt, dass die speziell für Frauen und

Mädchen ausgelegten Projekte besonders hart betroffen wurden.

Von weiteren Kürzungen betroffen sind die Sportvereine, die Sozial- und Wohlfahrtsverbände, die kulturellen Initiativen, die Vereine und Verbände, die auf die Mittel aus dem Lotto- und Toto- Topf angewiesen sind, außerdem die zahlreichen Umweltschutzverbände, und die Verbraucherinnenberatungseinrichtungen.

Liebe Frauen, dabei geht etwas verloren, was mir besonders wichtig ist, nämlich das soziale Niedersachsen.“

Erst wenn wir wirklich alle Möglichkeiten zur Einsparung genutzt haben, erst wenn wir auch die beteiligen, denen es gut geht und die wirtschaftlich mächtig sind, erst wenn wir uns trauen, auch gegenüber einflussreichen Interessengruppen unnötige Steuersubventionen abzubauen, lassen sich harte Einsparungen auch gegenüber den Sozial Schwachen wirklich erklären und rechtfertigen.

Das ist der eigentliche Unterschied in der Finanzpolitik zwischen CDU/FDP und Sozialdemokraten. Die Öffentlichkeit berichtet ja gern

darüber, dass die Landesregierung brutalstmöglich sparen will und da konsequent vorgehe.

Entgegen Ihren öffentlichen Bekundungen sind CDU/FDP eben nicht hartnäckig, sondern hartherzig beim Sparen. Wie unbarmherzig muss man eigentlich sein, um zeitgleich 12 000 blinden Menschen das Blindengeld zu streichen und 99 Millionen Euro Steuerprivilegien allein in 2005 für die zu erhalten, die es nicht nötig haben, wie z.B. bei der Eigenheimzulage?

Die Sozialministerin Frau von der Leyen hat bei der Debatte in Ihrer Fraktion über das Landesblindengeld keinen Finger zur Verteidigung derjenigen gerührt haben, die gesagt haben: Das dürfen wir nicht machen.

Wer, wenn nicht die Sozialministerin, soll im Kabinett und in Ihrer Fraktion die Stimme für die erheben, die keine Stimme haben?

Die Bewertung des Geschäftsführers des Blindenverbandes zum Verhalten der Ministerin ist eindeutig. Der schreibt:

„Es entsetzt uns und macht ohnmächtig, mit ansehen zu müssen, wie eine Sozialministerin die ihrem Arbeitsbereich

anvertraute Gruppe Blinder eiskalt und berechnend so verheerenden Folgen ausliefert.“

Meine Damen, noch nie hatten wir in Niedersachsen eine Sozialministerin, die so wenig Interesse für die sozial Schwachen im Lande hatte, dafür aber umso mehr an ihrer eigenen Karriere in der Partei. Den Preis dafür zahlen wie schon im letzten Jahr die Schwächsten der Schwachen, die behinderten Menschen. Niedersachsen wird zur unrühmlichen Ausnahme in Deutschland. Wir sind das einzige Land, das sein Landesblindengeld fast vollständig abgeschafft hat.

Die Sozialverbände urteilen nicht anders:

„Keine Landesregierung hat bisher in der Geschichte des Landes Niedersachsen die Verbände der freien Wohlfahrtspflege und ihre Arbeit in dieser Form behandelt. Begriffe wie ‚Planungssicherheit‘, ‚verlässliche Partnerschaft‘ und ‚Vertragstreue‘ werden zu hohlen Phrasen.“

Ich finde, wir müssen aufpassen, dass klar bleibt, wo die Unterschiede in der Politik liegen.

Sozialpolitik und darunter ist die Frauenpolitik zu verstehen, steht hier in Niedersachsen unter der Regierung der CDU und der FDP nicht mehr gleichberechtigt neben der Finanz- und Wirtschaftspolitik. Im Gegenteil: Sie muss sich dort rechtfertigen und unterordnen. Auch Frauenpolitik muss sich allen anderen Fachpolitiken insbesondere der Finanzpolitik unterordnen. CDU und der FDP reduzieren Sozialpolitik auf die Kombination von Eigenvorsorge plus ein bisschen staatlicher Fürsorge. Der Umgang mit dem Landesblindengeld ist ein schlimmes Beispiel für diese Sozialstaatsideologie. Das ist aber kein Betriebsunfall, sondern es ist symptomatisch. CDU/FDP erklären: Wer nicht selbst für sich sorgen kann, soll beim Sozialamt Blindenhilfe als Sozialhilfe beantragen. -

Die Leute haben es satt, dass CDU/FDP ihnen immer sagen, es müsse mehr Zumutungen geben; denn diejenigen, die diese Zumutungen verteilen, sind von keiner einzigen Zumutung betroffen, meine Damen. Davon haben die Leute die Nase voll.

Im Kern ist das etwas, was den eigentlichen Sinn des Sozialstaatsauftrages unserer Verfassung verändert. In so einer Form der Politik steht nicht mehr der Starke für den Schwachen ein, sondern jeder für

sich selbst, und für den, der das nicht ausreichend kann, gibt es ein bisschen staatliche Fürsorge.

Das ist ein völlig anderes Sozialstaatsverständnis, als es in unserer Verfassung steht. Sozialpolitik ist nach unserer Verfassung nicht alleine etwas, was das Existenzminimum sichern soll, sondern es soll echte Teilhabe in unserem Lande ermöglichen.

Meine Damen und Herren, besser sollte es in Niedersachsen werden - so jedenfalls das Wahlkampfmotto von Christian Wulff. Für wen ist es nun besser geworden? - Für die Kinder in Niedersachsen, denen CDU/FDP die Hausaufgabenhilfe, den Förderunterricht und die Lehrer für die Ganztagschulen gestrichen haben? Für die Eltern, denen CDU/FDP die Lernmittelfreiheit gekappt haben und die vermutlich demnächst den kostenlosen Schülertransport verlieren? Für die Lehrerinnen und Lehrer, die jetzt mit größeren Klassen arbeiten und demnächst 42 Stunden arbeiten sollen? Für die arbeitslosen Jugendlichen, deren Arbeitslosigkeit in Niedersachsen wieder ansteigt? Ist es für die besser geworden? Für die Polizisten und Feuerwehrleute, die uns schützen, aber denen das Einkommen gekürzt wird? Ist es besser geworden für die Studentinnen und Studenten, denen versprochen

wurde, man sei gegen Verwaltungskostengebühren? Jetzt wollen CDU/FDP sogar Studiengebühren einführen. Ist es besser geworden für die Menschen in Alten- und Pflegeheimen, denen die Bewohnerbezogenen Aufwendungszuschüsse gestrichen wurden, die jetzt zu Sozialhilfeempfängern werden, damit sie in den letzten Tagen ihres Lebens mit einem wildfremden Menschen in einem Zwei- oder Dreibettzimmer leben müssen? Ist es eigentlich besser geworden für die Menschen in Salzgitter und Gorleben, wo CDU/FDP jetzt halb Europa einladen, den Atommüll nach Niedersachsen zu bringen? Oder ist es besser geworden für die Blinden, die sich nicht gegen schneidende Unbarmherzigkeit wehren konnten?

Meine Damen und Herren, für alle diese Menschen ist es in Niedersachsen nicht besser geworden, sondern vieles nur schlechter, seit CDU/FDP regieren.

Wir sagen, wie wir die Rücknahme Ihrer Kürzungen beim Landesblindengeld finanzieren wollen. Wir sagen das ebenso bei den Kürzungen bei den Wohlfahrtsverbänden, im Städtebau, beim kommunalen Finanzausgleich, bei den Einrichtungen der politischen Bildung, bei der Förderung unserer Kinder und Jugendlichen. Wir sagen klar, wo wir

Steuersubventionen abbauen wollen, um noch in dieser Legislaturperiode 1,2 Milliarden Euro für den Landeshaushalt zu mobilisieren und um den Kommunen ihre 150 Millionen Euro zu lassen und möglichst schnell zu einem verfassungskonformen Haushalt zu kommen.

Folgende Entscheidung der Landesregierung haben aber auch noch Auswirkungen auf Frauen, wie z.B. im **Bildungsbereich** die

1. Streichung der Hausaufgabenhilfe
2. Veränderung der Stundensätze für die vollen Halbtagschulen, und für die Vertretungskräfte an den Schulen
3. zögerliche Haltung des Landes bei der Umsetzung der Maßnahmen für Ganztagschulen
4. Verwaltungsreform, bei den vor allem Frauen in den unteren Besoldungsbereichen am stärksten von der Veränderung betroffen sein werden
5. Kürzung von Zuschüssen für die stationäre Pflege (Pflegewohnung) Heimpflege, so dass vermehrt wieder die häusliche Pflege zum tragen kommen wird, was in erster Linie auch wieder Frauen schultern werden müssen.

6. die geplante – und von der FDP in erster Linie vorangetriebenen – Veränderung von Kindergartenstandards, die in erster Linie natürlich auch die Arbeitsplätze von Frauen betreffen werden.

Nun habe ich viel von Geld geredet, dabei ist im Rahmen der ganzen Haushaltsdebatten im Landtag eines fast ganz untergegangen: Die Änderung der Niedersächsischen Gemeindeordnung mit der Abschaffung der hauptamtlichen kommunalen Frauenbeauftragten.

Hier hält die Landesregierung nach wie vor an der Strategie fest: durch die Abschaffung der Frauenbeauftragten erhöhe ich die Akzeptanz dieser Funktion. Ich muss wohl nicht sagen wie schlimm das Ganze ist. Ohne die hauptamtlichen Frauenbeauftragten würde die gesamte Arbeit zur Gleichberechtigung zum Erliegen kommen. Die Gleichberechtigung von Männern und Frauen ist Verfassungsziel und im Grundgesetz verankert. Längst noch lange nicht sind die Frauen den Männern gleichgestellt.

Frauen sind gegenüber Männern insbesondere hinsichtlich der Einkommenshöhe und des

Zugangs zu Führungspositionen benachteiligt. Besonders deutlich wird dies beim Vergleich von Karriereverläufen nach dem Schulabschluss. Während mehr Mädchen als Jungen Abitur machen, beenden weniger Frauen als Männer ein Studium. In der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Verwaltung und der Politik ist der Frauenanteil in herausragenden Positionen nach wie vor verschwindend gering. Demgegenüber findet sich sowohl bei den geringfügig Beschäftigten als auch bei den Sozialhilfeempfängern ein überdurchschnittlich hoher Anteil an Frauen.

Meine Fraktion fordert daher:

mit geeigneten Maßnahmen auf die Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen bzw. Frauen und Männern auch außerhalb der Schule hinzuwirken. Dazu gehören

- Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
- die Förderung von Frauen an den Hochschulen,
- Beibehaltung und Unterstützung der Kommunalen Frauenbeauftragten,
- die Umsetzung des Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetzes,

- Maßnahmen zur Gewinnung von mehr Vätern für die Inanspruchnahme des Erziehungsurlaubs,
- die Umsetzung des Gender mainstreaming in der Verwaltung und bei politischen Entscheidungen,
- die Förderung von Projekten mit jungenspezifischen Ansätzen

Ich habe vor kurzem mit einer sehr engagierten Frau gesprochen, die schon sehr sehr lange für die Gleichberechtigung von Frauen gekämpft hat. Sie sagte mir: Frauke, ich kann nicht mehr weiter mit ansehen, wie die Ziele und Erfolge der jahrzehntelangen Arbeit, die wir Frauen erreicht haben, in so kurzer Zeit fast im Handstreich abgeschafft werden. Ich habe keine Kraft mehr zu kämpfen.

Liebe Frauen, ich möchte damit langsam zum Schluss kommen.

Gerade in diesen Zeiten ist es wichtig, dass wir kämpfen für die Ziele der Gleichberechtigung in unserer Gesellschaft.

Leider können wir nicht viele neue große Projekte uns vornehmen, weil unser Kampf im Moment bedeutet, wenigstens das, was viele Frauen vor uns und für uns erkämpft haben, zu verteidigen.

Daneben dürfen wir nicht nachlassen, die Bemühungen für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Erwerbs- und Arbeitsleben sowie in unserer Gesellschaft nach vorne zu treiben. Ich erwähne da nur Stichpunktartig das Gender Budgeting erwähnen.

Wir sollten Anlässe wie diese dazu nutzen, unsere gemeinsamen Interessen wieder weiter zu bündeln und deutlich zu machen, was mit Frauenpolitik in Niedersachsen passiert. Unser Verständnis von Frauenpolitik ist nicht nur – und da komme ich auf das Zitat vom Anfang zurück – dass sich die Männer *„bisschen stärker zu engagieren und den Frauen ein bisschen mehr Unterstützung zuteil werden lassen.“*

Unser Verständnis von Frauenpolitik lässt sich nicht nur auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder auf ein paar Mehrgenerationenhäuser reduzieren. Unser Verständnis von Frauenpolitik ist die gleichberechtigte und ohne Rollenklischees behaftete Teilhabe von Frauen in der Gesellschaft, so wie es in Artikel 3 der Niedersächsischen Verfassung verankert ist:

„Die Achtung der Grundrechte, insbesondere die Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern, ist eine ständige Aufgabe des

Landes, der Gemeinden und Landkreise.“ Es wäre schön, wenn auch diese Landesregierung sich daran halten würde.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit